

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:

- a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
- b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plachvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verichtstand
für beide Teile ist Calm



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheels
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Die Zollvorlage im Reichstag

Die Schlussabstimmung über das Sofortprogramm auf heute vertagt

— Berlin, 21. Dez. Für seine gestrige Sitzung hatte der Reichstag eine außerordentlich umfangreiche Tagesordnung aufgestellt. Zunächst wurde die dritte Beratung der Zolltarifvorlage vorgenommen. Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei und der Bauernparteien auf Festsetzung des Zolles für Futtergerste auf 5 Mark und eine Verbilligungsprämie für Futterroggen wurde im Hammelsprung mit 193 gegen 177 Stimmen gegen die Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Doch soll diese Abstimmung aus formalen Gründen heute noch einmal wiederholt werden. Die Schlussabstimmung über die ganze Vorlage wurde ebenfalls auf heute vertagt.

Die Novelle zum Gesetz über den Selbstwertungsanspruch bei bebauten Grundstücken, die bestimmt, daß die Rückflüsse aus Hauszinsrentnerhypotheken wieder zum Wohnungsbau verwendet werden, wurde einstimmig in dritter Beratung angenommen. Dem deutsch-türkischen Abkommen über den Rechtsverkehr wurde in zweiter und dritter Lesung dem Zusatzabkommen mit Schweden und den Ergänzungen der Handelsverträge mit Frankreich und der Schweiz wurde in zweiter Lesung zugestimmt. Auch ein Antrag auf Angleichung der Rechtsstellung der Reichsbahnbeamten an die der übrigen Beamten und auf Verstärkung des Einflusses der Reichsregierung auf die Reichsbahn fand Annahme, ebenso ein Antrag auf Befreiung der Leistungszulage bei der Reichsbahn. Annahme fanden ferner einige kleinere Anträge von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Das Haus vertagte sich danach auf den Nachmittag, weil die Ausschussbeschlüsse zum Sofortprogramm noch nicht vorlagen.

Die Nachmittagsitzung des Hauses galt der zweiten Lesung der Tabaksteuernovelle, über die man sich in der Koalition mittlerweile geeinigt hatte. Als Minister Hilferding auf kommunistische Angriffe hin für die Integrität seiner Beamten eintrat, mußte er spöttische Zurufe wie: „Er lebt ja noch!“ und „Hats Schacht erlaubt?“ hinnehmen. Die Tabaksteuer wurde dann ohne wesentliche Aussprache in zweiter Lesung angenommen.

Die dritte Lesung wird heute stattfinden, zugleich mit der über das Sofortprogramm. Ferner ist die Schlussabstimmung über das Zollgesetz vorgesehen und die Abstimmung über den Rüstungsantrag der Kommunisten gegen das Kabinett. Nach langem Hin und Her einigte man sich dann darauf, die letzte Sitzung vor Weihnachten in der Nacht vom Samstag auf Sonntag stattfinden zu lassen. Sie wird ganz kurz sein, da es sich lediglich darum handelt, das Initiativgesetz über den Tilgungsfonds, das heute in erster und zweiter Lesung erledigt werden wird, endgültig zu verabschieden.

Die Inlandskredite für das Reich gesichert

— Berlin, 21. Dez. Die Vertreter der Banken, die zu dem Konfortium für Reichsanleihen gehören, sind im Laufe des gestrigen Nachmittags in Berlin bei der Reichsbank zusammengetreten. In der Sitzung ist der Ueberbrückungskredit für das Reich perfekt geworden. Es handelt sich um einen Betrag von fast 400 Millionen RM., die unter Führung der Reichsbank in Deutschland von den deutschen Banken allein aufgebracht und dem Reich zur Verfügung gestellt werden.

Mit Bestimmtheit wird erklärt, daß eine Mäckerdeckung für den Kredit bei amerikanischen Banken in keiner Weise in Frage komme. Am Freitagabend habe man zwei Verhandlungsfäden bemerken können. Einmal habe sich die Reichsbank mit dem Reichsfinanzministerium über die Vorschläge des „Engeren Ausschusses“ besprochen, gleichzeitig habe sich dieser mit den übrigen Konfortialbanken ins Benehmen gesetzt. Vom Ergebnis dieser Besprechungen werde es abhängen, in welcher Weise der Kredit zustandekomme. Wie es scheint, halte man an der Form der Begebung von Schatzanweisungen fest.

Die Ultimozahlungen des Reiches sichergestellt. Wie die Blätter von unterrichteter Seite erfahren, wird das Reich infolge der zustandegedachten Regelung des Zwischenkredits zum Ultimo Dezember alle Zahlungen, zu denen es verpflichtet ist, zu leisten imstande sein. Somit besteht, wie die Blätter schreiben, kein Grund irgendwelcher Beunruhigung. Insbesondere werde es möglich sein, die Beamtengehälter zu zahlen.

Frankreichs Sicherheitspolitik am Rhein

Briand verteidigt die Annäherungspolitik

— Paris, 21. Dez. Am Freitag nachmittag beriet der Senat über die Anfrage des Senators Lemery, der sich mit den Sicherheitsgarantien, die Frankreich aus den Verträgen besitzt, befaßt. Lemery behandelte eingehend die Frage der Entmilitarisierung der Rheinlandzone auf Grund der Art. 42 und 43 des Versailler Vertrages, die von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung des Friedens sei. Wie werde diese Entmilitarisierung gesichert und überwacht werden? In dieser Hinsicht schwebte der Vertrag. Wie werden wir nach Ablauf der Befegung feststellen können, was sich in der entmilitarisierten Zone ereignet?

Hierauf befragt

Außenminister Briand

die Tribüne und erklärte: „Ich bin niemals für die Preisgabe unserer Sicherheit gewesen. Für Herrn Lemery enthält der Versailler Vertrag wertvolle Garantien, leider habe ich zu diesem Vertrag kein Vertrauen, denn er enthält gute und schlechte Bestimmungen und weist Lücken auf. Ich habe mich bemüht, diese Lücken für die französische Sicherheit auszufüllen. Ich schloß den Frieden von Locarno ab, der die französische Ostgrenze zu einer gemeinsamen Grenze für Frankreich, England, Belgien und Italien machte. Es gab noch eine zweite Lücke im Versailler Vertrag, um deren Ausfüllung ich mich bemühte, denn er enthält auch keinerlei Bestimmungen über eine Rheinlandkontrolle. Ich dagegen habe mich bemüht, sie zu schaffen und sie wirksam zu gestalten. Deutschland und einige unserer nächsten Freunde (gemeint ist vermutlich Polen) waren der Auffassung, daß mit Aufheben der Befegung wir aller Kontrolle im Rheinland verlustig gingen. 1926 erreichte ich, daß alle Mitglieder des Völkerbundsrats die Kontrolle des Völkerbunds über das Rheinland beschloffen.“

Sie fragen, wie der Völkerbundsrat über die Vorgänge im Rheinland unterrichtet werde. Beachten Sie hierbei, daß es sich hier um feststehende Tatsachen handelt, die nur schwer zu verbergen sein werden. Der Locarnovertrag gestattet in diesem Falle, Maßnahmen zu ergreifen, ohne daß diese als kriegerisch erklärt werden dürfen. Im Genfer Protokoll vom September 1928 ist festgelegt, daß ein Versöhnungsausschuss geschaffen werden soll. Die Deutschen lehnten diese Kontrolle über das Jahr 1935

hinaus ab. Wir wünschen, daß diese Einrichtung bestehen bleibt, solange der Vertrag von Locarno Kraft besitzt. Diese Versöhnungsausschuss- und Feststellungsmission hat sehr weitgehende Vollmachten. Wenn sie eine Zusammenziehung deutscher Truppen feststellt, können wir militärische Maßnahmen ergreifen, ohne mit Deutschland in kriegerische Verwicklungen zu geraten. Wenn sie beunruhigende Arbeit feststellen, kann die Angelegenheit vor den Völkerbund gebracht werden. England und Belgien haben sich verpflichtet, uns in diesen Fällen mit allen Kräften zu Hilfe zu kommen.

Ich selbst habe bereits auf einen Bericht der Militärautoritäten über beunruhigende Vorgänge im Rheinland eingegriffen. Zwischen den französischen und deutschen Sachverständigen wurde eine Einigung in dieser Frage erzielt. Ähnlich dürften sich die Dinge auch in Zukunft abspielen. 1935 werden wir unter Umständen das Rheinland verlassen müssen. Erst von diesem Augenblick an dürften wir, da unser Heeresbestand herabgesetzt sein wird, Unruhe empfinden, und gerade für diesen Zeitpunkt habe ich Sicherheiten vorgesehen, die der Versailler Vertrag nicht enthält.

Was hat uns nun die Kontrolle in der Zeit genützt, als wir uns noch im Rheinland befanden? Am Vorabend der Räumung der ersten Zone hat man ganz plötzlich festgestellt, daß Deutschland, ohne daß man es bemerken konnte, Verteilungslinien über eine beträchtliche Anzahl von Kilometern baute. Daher halte ich es für notwendig, daß Frankreich selbst auf seine Sicherheit bedacht ist. Es gelang uns, die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen und zu erreichen, daß die Feststellungs- und Versöhnungskommission während der gesamten Dauer des Locarnovertrages in Tätigkeit bleibt (?!). Der Versailler Vertrag schreibt uns vor, nur gemeinsam mit unseren Alliierten zu handeln. Eine vorzeitige Räumung einer Rheinlandzone hat bisher nicht stattgefunden.

Nach Briand sprach Mitterand, der Briands Politik als gefährlich bezeichnete, insbesondere da Deutschland sich weitgere, seine Ostgrenzen zu garantieren. Briand antwortete sofort, daß Frankreich niemals an Polens Schicksal interessiert sei. Polen selbst habe freiwillig den Vertrag von Locarno unterzeichnet.

Der Senat sprach sich schließlich mit 253 gegen 2 Stimmen für die Politik der Regierung aus, die die Vertrauensfrage gestellt hatte.

Tages-Spiegel

Der Reichstag bewilligte gestern in zweiter Lesung die Tabaksteuer und die Zollvorlage. Die Schlussabstimmung über das Sofortprogramm wird noch heute erfolgen.

Der Ueberbrückungskredit für das Reich ist gesichert. Die beteiligten deutschen Banken haben ihn mit Unterstützung der Reichsbank aus eigenen Mitteln aufgebracht.

In London ist ein deutsch-englisches Uebereinkommen über das deutsche beschlagnahmte Eigentum zustand gekommen, das Deutschland zu weiteren großen Verzichten zwingt.

Briand hielt in der französischen Kammer eine Rede über die Garantien der französischen Sicherheitspolitik am Rhein.

Das englische Unterhaus nahm mit nur acht Stimmen Mehrheit die Bergbauvorlage in zweiter Lesung an.

Die Finanzwirtschaft der Stadt Berlin ist unter Staatsaufsicht gestellt worden. Der Oberpräsident von Brandenburg hat der Stadtverwaltung die Schaffung eines Schulden Tilgungsfonds anferlegt.

Neue deutsche Verzichte

Das Liquidationsabkommen mit England.

— London, 21. Dez. Wie Reuters erfährt, haben seit einiger Zeit zwischen der englischen und der deutschen Regierung Verhandlungen mit dem Ziel stattgefunden, gewisse noch schwebende Fragen zwischen beiden Regierungen noch vor der Haager Konferenz, die nächsten Monat zusammentritt, beseitigen zu können. Wie verlautet, haben diese Besprechungen zu einer prinzipiellen Einigung, u. a. hinsichtlich der Frage des liquidierten deutschen Eigentums geführt.

Ueber den Inhalt des Abkommens verlautet, daß Deutschland endgültig auf die Freigabe der Ueberflüsse des liquidierten Eigentums in Höhe von etwa 280 Millionen RM. verzichtet. Deutschland habe auf der anderen Seite die Freigabe unliquidierten Eigentums in einer Höhe von schätzungsweise 40 Millionen Mark durchgedrückt und fernerhin die Freigabe der sogenannten amerikanischen Sicherheiten, deren Wert zwischen 60 und 80 Millionen Mark schwankt, und über die gegenwärtig ein Rechtsstreit zwischen England und den Vereinigten Staaten vor amerikanischen Gerichten schwebt. Neben diesen beiden Posten werde die englische Regierung in Uebereinstimmung mit einer früheren Erklärung etwa 100 Millionen Mark beschlagnahmten deutschen Eigentums freigeben, über die ein besonderes Gericht zu verfügen haben werde und das in erster Linie bedürftigen Geschädigten zugutekommt.

„Petit Parisien“ schreibt, daß Deutschland in London auf die Rückerstattung beschlagnahmten deutschen Eigentums in weitestem Maße verzichtet habe, was einer Summe entspreche, die zwischen 120 und 180 Millionen englischer Pfunde schwankt.

Das Ergebnis der Verhandlungen wird von unterrichteter Seite keineswegs als ein Erfolg bezeichnet, obwohl die bisherigen Veröffentlichungen den Eindruck erwecken, als ob, abgesehen von dem Verzicht auf die Ueberflüsse des bereits liquidierten Eigentums, alle übrigen Liquidationen nunmehr eingeleitet und das Vermögen den berechtigten deutschen Eigentümern wieder restlos ausgehändigt würde. Diese Annahme trifft aber, wie die Telegraphen-Agentur von zuverlässiger Seite hört, keineswegs zu. Vielmehr hat die englische Regierung sehr beträchtliche Vorbehalte bezüglich der noch schwebenden Liquidationen gemacht.

Die Finanzwirtschaft der Reichshauptstadt unter Staatsaufsicht

— Berlin, 21. Dez. In einer außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung verlas Bürgermeister Scholz ein Schreiben des Oberpräsidenten von Brandenburg und Berlin, in dem der Oberpräsident der Stadt Berlin bezüglich ihrer Finanzwirtschaft bestimmte Auflagen macht. U. a. wird die Stadt von Regierungswegen verpflichtet, für die neue Anleihe einen Tilgungsfonds zu schaffen, in den monatlich 5 Millionen aus den Mehreinnahmen der städtischen Taxifahrer einzuzahlen sind. Auch etwaige sonstige Ueberflüsse der städtischen Werke sollen in den Fonds eingezahlt werden.

Diese Einschaltung des Staates, die einer verkappten Finanzkontrolle gleichkommt, überrascht nicht. Berlin ist mit einer Milliarde langfristig und 400 Millionen kurzfristig verschuldet. Es wollte eine Dollaranleihe aufnehmen, um mit neuen Schulden alte bezahlen zu können, sich dabei aber auf den energischen Widerstand des Reichsbankpräsidenten, der einen Strich durch die Berliner Anleihepläne machte. So kam es zur gleichen Entwicklung wie im Reich.

10 Jahre Reichsiedlungsgesetz

Das am 11. August 1919 von der Nationalversammlung angenommene Reichsiedlungsgesetz hat in den 10 Jahren seines Bestehens nicht die erwarteten Erfolge gebracht. Schuld daran ist weniger das Gesetz selbst als die schlechte Finanzlage des Reiches, das nicht in der Lage war, den Siedlern die notwendigen Kapitalien an die Hand zu geben. Die bisherigen Ergebnisse, die das Statistische Reichsamt und das Preussische Statistische Landesamt errechnet haben und die jetzt auch den Mitgliedern des Reichstages und des Preussischen Landtags zugänglich gemacht wurden, sind dennoch nicht unbeachtlich. Bis zum Jahre 1928 sind im gesamten Reichsgebiet, vor allem im Osten, der Bevölkerungspolitischer am schwersten bedroht ist, etwa 26 000 Neusiedlungen mit einer Gesamtfläche von 260 000 Hektar geschaffen worden, auf denen rund 120 000 Menschen wohnen. Allerdings sind, durchschnittlich gerechnet, die Hälfte davon nur Kleinsiedlungen mit einer Größe von 2 Hektar und weniger, die ja zumal in den weniger fruchtbaren Landstrichen kaum ausreichen werden, die sogenannte „selbständige Ackeranbauung“ zu ermöglichen. Der Anteil der Siedlungsstellen von mehr als 2 Hektar beträgt in Ostpreußen 76,7, in Pommern 91,6, in der Grenzmark Posen-Westpreußen 98,8 v. H. Die Feststellungen über die persönlichen Verhältnisse der Siedler auf den Zwergstellen von 2 Hektar und darunter lassen in der Tat befürchten, daß ein großer Teil von ihnen auch in Zukunft landwirtschaftlich nicht tätig werden wird. Die letzten Jahre brachten besonders in Preußen insofern erhebliche Verbesserungen, als sich die Zahl der Zwergstellen im Vergleich zu dem Durchschnitt der Jahre 1920 bis 1927 verringert, die der größeren Stellen dagegen erheblich erhöht hat. Es haben 1928 in Preußen die Neusiedlungen in der Größe von 5 bis 10 Hektar um 52 v. H. und die in der Größe von 10 bis 20 Hektar um 48 v. H. zugenommen. Hält diese Entwicklung weiter an und tritt sie auch für das übrige Reichsgebiet in Erscheinung, so wird das bisher noch nicht erreichte Ziel des Gesetzgebers, dauerhafte selbständige Bauernwirtschaften zu gründen, in einigen Jahren wenigstens zum Teil erreicht werden können.

Die Friedensarbeit der christlichen Kirchen

Erzbischof Soederblom zur Kriegsfrage.

ep.— Die Weihnachtsbotschaft läßt die Frage nach dem „Frieden auf Erden“ nicht zur Ruhe kommen. Es ist darum nur natürlich, daß die christlichen Kirchen diese Frage gegenwärtig eifrig diskutieren. Besondere Beachtung hat sie in der ökumenischen Bewegung des Protestantismus gefunden. Man erinnere sich an die Verhandlungen in Stockholm, in Prag, in Eisenach u. a. Hier wurde mit großem Ernst um eine Lösung des Fragenkomplexes gerungen. Die Zeitschrift „Auf der Warte“ veröffentlicht ein bedeutendes Wort des Hauptführers der ökumenischen Bewegung, Erzbischof Soederblom. Er sagte:

„Ich habe meinen Pfarrern gesagt: Ob ihr für den Frieden oder für die Einrichtung des Krieges sein wollt, das ist euch als christlichen Pfarrern ebensowenig freigestellt, als ob ihr für oder gegen Ehebruch oder für oder gegen Raub sein wollt. Und wenn man mir sagt, die Welt ist noch nicht so weit, daß der Krieg vermieden werden könnte, dann sage ich euch, es ist eure Pflicht als christliche Pastoren, dafür einzutreten, daß die Welt so weit kommt.“

Das Pariser Rüstungsfieber

Der Kriegsmarinehaushalt vor der Kammer.

21. Paris, 20. Dez. Die französische Kammer begann mit der Beratung des Haushalts der Kriegsmarine. Der

Verteidiger Dumesnil bemühte sich, die Beschuldigungen, daß Frankreich imperialistische Politik treibe, zurückzuweisen. Die Landesverteidigung müsse über allen anderen Betrachtungen stehen. Er verglich dann die Flottenstärke der Großmächte im Jahre 1914 mit der Gegenwart und gab einen Überblick über das Flottenprogramm Frankreichs, das bekanntlich 721 000 Tonnen vorsieht. Auch erinnerte er an den Bau des deutschen Kreuzers „A“. Man müsse Maßnahmen ergreifen, um Deutschland an dem Bau derartiger Kriegsschiffe zu hindern, die die ganze Welt veranlassen könnten, einen neuen Wettlauf bei ihren Seerüstungen zu beginnen. (!) Im übrigen besäße Deutschland Dieselmotoren, die für den Einbau für Unterseeboote fix und fertig seien. Der Sozialist Paul-Boncour beurteilte die Aussichten der Londoner Konferenz sehr skeptisch, da Frankreich in London völlig isoliert sein werde. Das bedeute für die Sicherheit Frankreichs einen neuen Unsicherheitsfaktor, nämlich die Rückkehr zu dem früheren Bündnis zwischen zwei Staaten. Frankreich wünsche ein allgemeines Abkommen, das sich auf alle Staaten ausdehne.

Kleine politische Nachrichten

Zur bevorstehenden Aenderung der Reichsbahngesetze. Der Beamtenausschuß des Reichstages nahm eine von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachte Entschließung an, die die Reichsregierung ersucht, bei der bevorstehenden Aenderung der Reichsbahngesetze darauf hinzuwirken, daß die Reichsbahnbeamten in ihren Rechts-, Dienst- und Beförderungsverhältnissen denen der Reichsbeamten gleichgestellt werden, daß Streitfragen beamtenrechtlicher Natur durch die Reichsregierung zur Entscheidung gebracht werden und daß die Zahl der leitenden Beamten bei der Reichsbahn auf die Vorstandsmitglieder beschränkt wird. Ferner soll das System der Leistungszulage beseitigt und der Einfluß der Reichsregierung auf die Reichsbahn verstärkt werden.

Die Neuregelung der Handelsbeziehungen zu Schweden. Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem Zusatzabkommen zum schwedischen Handelsvertrag. Von der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß das neue Abkommen die vollständige Befreiung der Bindung der Getreidezölle, sowie der Zölle für lebende Schmelze und frisches Fleisch vorsieht. Auch der Zollsatz für lebendes Rindvieh ist allgemein vertragsmäßig erhöht. Diese Zugeständnisse seien jedoch nur dafür zu erreichen gewesen, daß Deutschland Schweden ein Kontingent für leben-

des Rindvieh zu Schlachtzwecken zu dem bisherigen Zollsatz von 16 Mark einräumte.

Panzerkreuzer A soll die Flottenkonferenz torpedieren.

Nach dem diplomatischen Mitarbeiter des Daily Telegraph hat Frankreich bereits bei den Vorbereitungen zur Flottenkonferenz den Bau des deutschen Panzerkreuzers A in die Erörterung geworfen. Deutschland besitze mit diesem Typ ein „Taschenschlachtschiff“, das seiner Größe nach nur wenig über die 10 000-Tonnenkreuzer des Washingtoner Abkommens hinausgehe, aber eine weit stärkere Bewaffnung aufweise als diese. Man fürchte, daß Frankreich, das eine Flottengleichheit mit Italien vermeiden wolle, unter Hinweis auf den möglichen Bau weiterer deutscher „Taschenschlachtschiffe“ eine Entscheidung der Konferenz nicht als bindend anerkennen werde, sodas die Konferenz sich sehr schwierig gestalten werde.

Erwerbslosenunterstützungen in Berlin. Im Norden Berlins, am Bülowplatz und in seiner Umgebung, dem ehemaligen Scheunenviertel, kam es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Polizei und Erwerbslosen. Die Polizei konnte die Ruhe wiederherstellen. Die Doppelposten an den gefährdeten Straßenzügen sind jedoch noch nicht zurückgezogen. Wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen sind insgesamt 20 Personen verhaftet worden.

Das russisch-türkische Protokoll. Nach Meldungen aus Moskau veröffentlicht das Außenkommissariat der Sowjetunion den Text des russisch-türkischen Protokolls, das von Karahan, dem russischen Botschafter Suriz und dem türkischen Außenminister Ruchdy Bey in Angora unterzeichnet worden ist. Es ist eine Ergänzung des im Jahre 1925 in Paris abgeschlossenen russisch-türkischen Freundschaftsvertrages, der um weitere 2 Jahre verlängert wird.

Flamifizierung der Univerfität. In der belgischen Kammer wurde der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf über die Flamifizierung der Univerfität Gent mit 89 Stimmen gegen 5 bei 69 Enthaltungen angenommen.

Die Bergbauvorlage im engl. Unterhaus mit geringer Mehrheit angenommen. Die Bergbauvorlage wurde vom Unterhaus nach einem längeren Redebüel zwischen Churchill und Macdonald in zweiter Lesung mit 281 gegen 273 Stimmen angenommen. Die Mehrheit ist unerwartet gering.

Eine neue Riesenverschmelzung in der amerikanischen Stahlindustrie. Die seit Tagen erwartete Riesenverschmelzung der Stahlindustrie im Mittelwesten der Vereinigten Staaten ist durchgeführt worden. Durch den Zusammenschluß vier bedeutender Stahlfirmen ist der drittgrößte Konzern Amerikas unter dem Namen „Republic Steel Co. Cleveland“ gebildet worden. Das Kapital des neuen Trustes wird 350 Millionen Dollar und die jährliche Erzeugungslieferung 5 Millionen Tonnen betragen.

Wie man in China Kriege gewinnt. Nach Berichten aus Hanking erklärte Tschiangkai-schek amtlich, daß die Aufständischen niedergeschlagen seien. Es verlautet, daß Tschiangkai-schek die Unterführer des Generals Tangschi, der den Aufstand in der Provinz Sonan leitete, mit 800 Millionen Mark gekauft habe. Chinesische Bankiers behaupten, Tschiangkai-schek habe noch 1 Milliarde 400 Millionen Mark bei ausländischen Banken zu liegen. Die Geldquellen Tschiangkai-scheks seien ein großes Geheimnis.

Proklamierung einer mongolischen Republik. Nach Meldungen aus Peking ist die Proklamierung einer von China unabhängigen mongolischen Republik erfolgt. Die mongolischen Revolutionäre haben die ganze Nordwest-Mandschurei zwischen Hailar und der sibirischen Grenze besetzt. Der internationale Zug kann nicht über Nientose hinausfahren, weil die Mongolen die chinesischen Visa nicht anerkennen wollen. Mongolen parouillieren längs der chinesischen Eisenbahn und üben in den Städten die Polizeigewalt aus.

**Praktische
Weihnachts-
Geschenke**

Sirickwesten
Kübler's Anzüge
Strümpfe
Handschuhe
Kopftücher

Fritz Schumacher
Pforzheim Leopoldstraße 1

Aus aller Welt

Großfeuer in Freiburg.

In Freiburg entstand in dem Blumengeschäft Hambrecht im Zentrum der Stadt ein Großfeuer, das in kurzer Zeit die beiden ersten Stockwerke des vierstöckigen Hauses in Flammen setzte. Das Feuer war vom Keller durch das Treppenhäus bis in den Dachstuhl gedrungen. Den Bewohnern des Hauses war deshalb der Weg über das Treppenhäus abgeriegelt. Sie konnten jedoch durch die Fenster gerettet werden. Der Inhaber des im ersten Stock befindlichen Blumengeschäftes rannte über die brennende Treppe in seine Wohnung, um sein Kind vor den Flammen zu retten. Hierbei erlitten beide, Vater und Kind, schwere Brandwunden. Der hintere Teil des vierstöckigen Gebäudes ist vollkommen abgebrannt, die in der vorderen Hälfte befindlichen Wohnräume durch Feuer und Wasser sehr beschädigt. Die Brandursache ist noch ungeklärt.

Das Urteil im Siegelödorfer Eisenbahnprozeß.

Im Prozeß wegen des Siegelödorfer Eisenbahnunglücks verurteilte das Zürcher Landgericht folgenden Urteil: Der Angeklagte Oberbahnmeister Stuhlsath ist schuldig eines Vergehens der fahrlässigen Transportgefährdung und wird zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten, Kottenführer Volland und Oberbahnwärter Gressler, werden kostenlos freigesprochen. Außerdem werden die Kosten ihrer Verteidigung der Staatskasse überbürdet.

Der Münchner Mädchenmord aufgeklärt.

Der unter dem Verdacht des Mordes an der Verta Weinmann in München verhaftete Elektromonteur Peter Kräutler hat die Tat eingestanden. Die Beweise gegen Kräutler waren erdrückend schwer. Das Holzbeil, mit dem die Tat ausgeführt wurde, stammt aus dem Keller seiner Mutter. Seit 14 Tagen war Kräutler arbeitslos. Seine als brave und fleißige Frau geschilderte Mutter ist unter dem schweren Schlagfalschlag völlig zusammengebrochen.

Eröffnung der ersten Teilstrecke der bayrischen Zugspitzbahn.

Dieser Tage wurde die erste Teilstrecke der bayrischen Zugspitzbahn eröffnet, die von Garmisch-Partenkirchen bis

zum Eissee in 1000 Meter Meereshöhe führt. Viele Ehrengäste, darunter Vertreter der bayrischen Staatsregierung, der Behörden und der Presse, hatten sich eingefunden. Auf dem Zugspitzbahnhof Garmisch-Partenkirchen erfolgte zunächst die kirchliche Weihe der Bahnanlage, dann wurde die erste Fahrt auf der Teilstrecke angetreten, die glänzend verlief.

Ein Oberstadtssekretär veruntrent 50 000 Mark.

Von der Kriminalpolizei Dresden wurde ein seit 1920 in städtischen Diensten stehender 32 Jahre alter Oberstadtssekretär wegen Betruges, Urkundenfälschung und Unterschlagung von über 50 000 Mark festgenommen. Er hat seit etwa 3 Jahren Rechnungen über erdichtete Warenlieferungen angefertigt und sich die Beträge auszahlen lassen. Auf diese Weise erlangte er monatlich über 1000 M. Das Geld hat er verwettet.

Sprengstoffanschlag bei der AEG.

In den Berliner Geschäftsräumen der AEG. in der Brunnenstraße wurde ein Sprengstoffanschlag verübt. Ein früherer Werksangehöriger der AEG., ein gewisser Oskar Hubalsch, brachte eine Bombe zur Explosion, um anscheinend in der entstehenden Verwirrung Lohngehälter zu rauben, von deren Vorhandenheit er von dritter Seite unterrichtet worden sein muß. Glücklicherweise wurden Personen nicht verletzt. Auch der Sachschaden ist nicht erheblich. Der Täter ist nach dem Anschlag geflüchtet und wird von der Kriminalpolizei gesucht.

Ein riesiger Sonnenfleck von der Hamburger Sternwarte gesichtet.

Die Hamburger Sternwarte in Bergedorf teilt mit: Ein Sonnenfleck von ungewöhnlicher Größe ist seit einigen Tagen auf der Sonne sichtbar und kann in der Nähe des Horizonts oder, wenn, wie in den letzten Tagen das Sonnenlicht durch Nebel stark abgedämpft ist, mit dem Auge auch ohne Blendglas wahrgenommen werden. Der Sonnenfleck zeigt einen tiefdunklen kreisförmigen Kern von etwa 25 000 Kilometer Durchmesser, so daß in ihm zwei Erdkugeln nebeneinander Platz finden könnten. Er ist von einem breiten Hof umgeben. In seiner Nachbarschaft befindet sich eine ausgedehnte Gruppe kleinerer Flecke.

Eine deutsche Fliegerin in Frankreich notgelandet.

Wie aus Paris berichtet wird, landete eine junge deutsche Fliegerin, die mit einem Kleinflugzeug in Mannheim aufgestiegen war, sich aber im Nebel verirrt hatte, in der Nähe von St. Louis auf französischem Boden 500 Meter von der Grenze entfernt. Die französische Gendarmerie nahm ein Protokoll auf und war der Fliegerin dann zur Rückkehr über die Grenze behilflich.

Ein Autobus von einem Zug überfahren

Wie aus Barcelona berichtet wird, hat ein aus Taragona kommender Eisenbahnzug an einer Straßenkreuzung einen Personenautobus überfahren, der zwischen Barcelona und einem Vorort verkehrte. Der Autobus wurde ein Stück mitgeschleift. 16 Personen kamen ums Leben, mehrere andere wurden schwer verletzt.

Ein amerikanischer Versuch mit dem 13-Monate-Jahr.

Die so oft empfohlene Kalenderreform, das Jahr in 13 Monate einzuteilen, soll nun in Amerika praktisch erprobt werden. Das große Handelsunternehmen Roduch will den Versuch machen. Vom 2. Januar wird die gesamte Buchführung auf 13 Monate, die aus genau vier Wochen bestehen, umgestellt werden. Nach außen wird das Jahr den Namen des 13. Monats ist noch nicht bestimmt.

Grubenkatastrophe in Amerika.

Wie aus Mac Alester (Oklahoma) gemeldet wird, sind in einem dortigen Bergwerk 62 Bergleute verschüttet worden. Die Rettung der Verschütteten gestaltete sich so schwer, daß sie aufgegeben werden mußte. Die Unglücksnachricht wurde der Leitung von 2 Arbeitern gemeldet, die eine Strecke von etwa 1000 Meter im Schacht zurücklegen mußten, ehe sie ausfahren konnten. Bei den Bergungsarbeiten sind bisher 50 Tote gefunden worden. Sie hinterlassen 40 Frauen und 176 Kinder. Man glaubt, daß die Ansammlung von Gasen oder eine Kohlenstauberplosion die Ursachen der furchtbaren Katastrophe gewesen sind.

Eine Deutsche in Turin beraubt.

In Turin wurde die deutsche Baronin Alexandrine Hermann-Neibing aus Köln auf der Straße das Opfer eines frechen Ueberfalls. Ein elegant gekleideter Jüngling entriß ihr das Handtäschchen, in dem sich 4000 Lire befanden und flüchtete. Der Dieb konnte noch nicht verhaftet werden.

Der Youngplan bringt niedrige Löhne

für die Arbeiter und alle abhängigen Berufsstände in Deutschland. Einer, der es wissen muß, weil er das Versailler Diktat mitgeschaffen hat, der frühere Ministerpräsident Lloyd George, sagte darüber am 26. Juli 1929 im englischen Unterhause:

„Deutschland kann nach den Zahlungsplänen nur erfüllen, wenn es in Gestalt von Anleihen Schulden macht und die Löhne seiner Arbeiter niedrig hält.“

Es sollen also Arbeiter und Angestellte schuften, damit Banken und Geldleute ihre Zinsen einstreichen können und die Weltfinanz über die schaffenden Menschen triumphiert. Wer dagegen jeder ehrlichen Arbeit in Deutschland wieder Ehre und Brot verschaffen will, der stimmt beim Volksentscheid mit „Ja“ für das deutsche Freiheitsgesetz!



Turnverein Calw
von 1846.

Die
Weihnachtsfeier

findet heute Samstag, 21. Dezbr., von abends 7/8 Uhr an im Gasthof zum Bad. Hof statt, wozu die Mitglieder mit Angehörigen freundlich eingeladen sind.

Calw, den 18. Dezember 1929.
Der Turnrat.

Kinder bis zum Alter von 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Heute und morgen
(Thomasfeiertag) halte ich

Mekelsuppe



und lade hierzu höflichst ein

Adolf Ziegler
zur Kanne.

**Berücksichtigt bei Einkäufen
die Inserenten unseres Blattes**

Große Freude bereiten Sie mit
**Weihnachts-
Geschenken**
aus der
Ritterdrogerie
Bahnhofstraße

Schöne Auswahl in Seifen,
Parfümerien, Köln. Wasser
einzeln und in geschmackvollen
Kartonagen, ferner

Kirschwasser, Weinbrand, Liköre,
Weiß- und Rotweine

Soloapparate, Ledertaschen, Stative
und sonstiges Zubehör

Lichtspieltheater „Badischer Hof“ Calw

Morgen Sonntag nachm. 3 1/2 und abends 8 Uhr

„Der weisse Scheik“

7 Akte nach dem populären englischen Roman „Kings Mate“ von Rosita Forbes. Im Rahmen eines spannenden Filmgeschehens bringt der Film interessante Natur- und Volksaufnahmen aus dem Lande der Ikkabylen.

Dazu als Beiprogramm:

„Die geheimnisvolle Drohung“ Wildwestfilm in 2 Akten.

„Sportspiele der Hindus“

Jugendliche haben Zutritt.



Empfehle meinen
garantiert reinen,
selbstgebrannten

**Zweifschgen-
Birnen-,
Anis-
und Hefe-
Branntwein**

**Adolf Siebenrath,
Küferei.**

Schöne
**Weihnachts-
bäume**

in Weiß- u. Kottanne
alle Größen empfiehlt

Philipp Mast
Der Verkauf findet nur in
der Gärtnerei statt D. D.

Reilich
Bahnhofstr., Tel. 182

Für den
**Weihnachts-
tisch**
Feinste
Delikatess-
Feigen

Paket 38 Pfg.
Zafel-Datteln

Paket 65 Pfg.
Große Auswahl in
Marken-
Schokoladen

**Geschenk-
Packungen**
Pralinen,
Schokolade

Keks
3 und 4 teilig

Pack. 90 u. 1.25

5% Rabatt

Früh
eingetroffen:
Feinster
Heringssalat

1/4 Pfd. 25

ff. italienischer
Fleischsalat

1/4 Pfd. 40

Feinster
Fluß-Nal

1/4 Pfd. 95

Seelachs
in Scheiben

1/4 Pfd. 50

5% Rabatt

Empfehle für
Weihnachten
Geschenkpäckchen in allen Preislagen

Etida: 4711: Lingner
Sochtenberger usw.
Haar- u. Zahnpflege-
mittel: Toiletteseifen

Zigarren und Zigaretten
Friseurgeschäft Winz
Marktplatz

Schauspielhaus Pforzheim

SONNTAG, den 22. Dezember nachmittags 3 1/2 Uhr
Fremdenvorstellung zu kleinen Preisen

Der große Schwankerfolg

DER WAHRE JAKOB

Schwank in 3 Akten von Arnold und Bach

MITTWOCH, den 25. Dezember (1. Feiertag) nachm.

3 1/2 Uhr Fremdenvorstellung

Die große Ausstattungsoperette

ROSEN AUS FLORIDA

Operette in 3 Akten von Leo Fall

Beginn 3 1/2 Uhr Ende 6 1/2 Uhr

DONNERSTAG, den 26. Dezember (2. Feiertag), nach-

mittags 1 1/2 Uhr Kindervorstellung

Das Weihnachtsmärchen

Christinchens Märchenbuch

Ein Weihnachtsmärchen in 3 Akten von Ulrich v. der

Trenck Beginn 1 1/2 Uhr Ende 3 1/2 Uhr

Nachmittags 4 Uhr Fremdenvorstellung

Der große Operettenerfolg

„WENN LIEBE ERWACHT“

Operette in 3 Akten von Küncke

Beginn 4 Uhr Ende 6 1/2 Uhr

Hotel und Café Schlag Bad Liebenzell

Sonntag von 3 Uhr ab

KONZERT

Salvator-Ausschank
Rehbraten mit Spätzle

Hotel und Café-Restaurant Waldesruhe Nirsau

Beliebter Ausflugspunkt

Gemütliche Lokale — ff. kalte und
warme Speisen — Prima Weine, Biere,
Bohnenkaffee und Gebäck

Zum Besuch ladet freundl. ein

Fr. Gaißer

Jeder, der sie trinkt, muß sie loben wegen
ihrer Qualität und ihres niederen Preises:

20er Freinsheimer rot 90
die Literflasche

20er St. Martinser weiß 1.-
die Literflasche

Flaschenpfand 25 Pfg., sowie weitere beliebte

Tisch- und Krankenweine

Fr. Lamparter.

Empfehle für

Weihnachten

Geschenkpäckchen in allen Preislagen

Etida: 4711: Lingner
Sochtenberger usw.
Haar- u. Zahnpflege-
mittel: Toiletteseifen

Zigarren und Zigaretten
Friseurgeschäft Winz
Marktplatz

Was wir unseren Kindern schuldig sind.

Das Versailler Diktat zwang Deutschland bis zum Jahre 1951 in die Schuldneuschuld gegenüber der Entente. In der Deutschen Nationalversammlung ließ darum die sozialdemokratische Fraktion die Abgeordnete Frau Schuch „im Namen der Frauen“ erklären:

„Wir Frauen gerade müssen uns in dieser Stunde der furchtbaren Verantwortung bewußt sein, welche wir tragen; denn jede einzelne Mutter hat für die Zukunft ihrer Kinder einzustehen. Wir leben in unseren Kindern, und weil es so ist, darum wollen wir, daß sie ein freies Leben haben, und um ihrerwillen müssen wir diesen Vertrag ablehnen. Es ist nicht leicht. Aber es ist das, was wir unseren Kindern schuldig sind.“

Der Young-Plan will Deutschlands Schuldneuschuld sogar bis zum Jahre 1988 ausdehnen. Gerade die Mütter sind es ihren Kindern deshalb schuldig, beim Volksentscheid mit „Ja“

gegen den Youngplan zu stimmen.

Turnverein Ernstmühl

Unsere Weihnachtsfeier

verbunden mit Gabenverlosung

findet am Sonntag, den 22. Dezember im Gasthaus zum „Bären“ statt. Hierzu ladet Freunde und Gönner aufs herzlichste ein

Der Turnrat

Beginn 1/2 7 Uhr

Kriegerverein Teinach

Unsere Weihnachtsfeier

verbunden mit Gabenverlosung und theatralischen Aufführungen findet am 26. Dezember (Stephansfeiertag) abends 8 Uhr im Gasthof z. „Fah“ statt. Unsere Mitglieder mit Familienangehörigen sowie Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu höflich eingeladen. Kinder unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.
Der Ausschuß.

Radfahrer-Verein „Edelweiß“ Altbulach.

Am Sonntag, den 22. Dez. findet im Gasthaus z. Krone die
Weihnachts-Feier

des Radfahrer-Vereins „Edelweiß“ statt, verbunden mit

Theateraufführungen

und Gabenverlosung

wozu Freunde und Gönner herzlichst eingeladen sind. Beginn 6 Uhr.

Der Verein.

Ein stets passendes und bellebtes

Weihnachtsgeschenk

ist ein

Sparbuch

der

Creditbank für Landwirtschaft
und Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.

Bin unter Nr. 70 an das Fern-
sprechamt Teinach angeschlossen

Adolf Bürkle
Autovermietung, Bad Teinach

Was sagt Reichsbankpräsident Schacht?

„Obwohl seit der Unterzeichnung des Young-Planes sechs Monate verstrichen sind, sehe ich nicht, daß die ausländischen Regierungen oder die Reichsregierung den Voraussetzungen Rechnung getragen haben, unter denen ich die Annahme des Planes durch meine Unterschrift empfohlen habe, vielmehr erfüllt mich das, was inzwischen geschehen ist oder angestrebt zu werden scheint,

mit der allergrößten Besorgnis.

Der Plan bezeichnet ausdrücklich als anerkennenswert die Entschlossenheit der deutschen Sachverständigen, keine unbedingte Haftung für eine Verpflichtung zu übernehmen, die nach ihrer Meinung nicht unter allen Umständen innerhalb der Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit liegt.

Deshalb wird der Betrag der Gesamtannuitäten nicht von den deutschen, sondern

nur von den Gläubiger-Sachverständigen als tragbar bezeichnet,

während die deutschen Sachverständigen, wie der Plan ausdrücklich feststellt, lediglich durch die vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen dazu veranlaßt worden sind, die Annahme des Planes als Ganzes zu empfehlen.

Damit, daß jetzt nahezu jede einzelne Gläubigerregierung versucht, über den Young-Plan hinaus weitere finanzielle und wirtschaftliche Leistungen aus Deutschland herauszupressen, verstoßen die ausländischen Regierungen gegen die ausdrücklich im Young-Plan ihnen zur Pflicht gemachte Zusammenarbeit.

Die finanzielle Entlastung wird durch die zusätzliche Belastung, die man Deutschland außerhalb des Planes zumutet,

illusorisch gemacht.

Eine sofortige Erleichterung gegenüber den Daweszahlungen ist seitens des Young-Planes vorgesehen durch den niedrigen Beginn und das langsame Ansteigen der Annuitäten in den ersten Jahren. Gerade hiergegen besonders verstößt die Gläubigertaktik, im finanziell schwächsten Augenblick weitere Lasten von Deutschland zu verlangen.

Über die Einsparung des Young-Planes ist längst verfügt und die deutsche Wirtschaft steht nicht vor einer Lastensenkung, sondern vor einer Lastenerhöhung.

Es wäre eine Selbsttäuschung des eigenen Volkes, zu glauben, daß es bei der heutigen oder womöglich noch gesteigerten Wirtschaftsbelastung die Youngzahlungen und womöglich noch zusätzliche Beträge aufzubringen in der Lage ist.“

Das hat Herr Schacht am 5. Dezember 1929 gesagt, derselbe Herr Schacht, der in Paris die Unterzeichnung des Young-Planes verantworten zu dürfen geglaubt hat.

Wer also nicht mitschuldig werden will an der Täuschung des deutschen Volkes, wer nicht eine Lastenerhöhung will — schon droht Herr Dr. Hiltberding mit neuen Steuern —, sondern eine Lastensenkung, der tue seine Pflicht am 22. Dezember und stimme bei dem Volksentscheid mit

„Ja“!

Wir haben Sonntag geöffnet!

Komplette Wohnungs-Einrichtungen, Einzelmöbel

Nächtische, Rauchtische, Flurgarderoben, Dielenmöbel, Chaiselongues, Divans

Carl Landes & Söhne G. m. b. H.
Pforzheim Westliche 47

Wermuß der Abstimmung über den Volksentscheid fernbleiben?

Die Frauen und Mädchen! Warum, weil bei Annahme des Volksentscheids die Wiederbesetzung von Baden, Hessen, Pfalz und Rheinland verschärft wieder eintreten würde. **Wollt ihr die Wiederkehr der brutalen Vergewaltigungen eurer Schwestern** in den dann wiederbesetzten Gebieten verantworten. Denkt an die 15000 Mimentenfälle!

Die Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibenden! Hört was der Bankier Dr. Melchior, einer der deutschen Sachverständigen bei den Pariser Reparationsverhandlungen, am 4. Oktober 1929 vor dem Hauptauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages erklärt hat: Würde der Young-Plan abgelehnt, so bliebe der Dawes-Plan mit seinen erheblich größeren Lasten in Kraft. Die fremden Kontrollen u. Pfänder behielten Gültigkeit, die dritte Zone würde besetzt bleiben und Deutschland würde neben einer sehr erschweren außenpolitischen Lage einer äußerst bedrohlichen wirtschaftlichen Krise entgegengehen. Lernet aus dieser Warnung des deutschen Sachverständigen, der sein Urteil nicht leichten Herzens, sondern nach sorgfältiger Erwägung aller Für und Wider fällt. Macht den Sprung ins Dunkle nicht mit.

Die Landwirte! Denn ihre sowieso schon trostlose Lage würde noch mehr verschlechtert, denn der jetzige Zustand hindert das Reich, Ländern u. Gemeinden erhöhte Steueranteile zu überweisen. Die Senkung der Realsteuern wird ohne Senkung der Reparationslasten

bestimmt undurchführbar bleiben. Damit muß namentlich die Landwirtschaft rechnen. Nach der Absicht der Reichsregierung sollen ferner die auf Grund des Dawes-Plans alljährlich von der Landwirtschaft aufzubringenden Rentenbankzinsen künftig restlos fortfallen. Diese Erleichterung würde in erster Linie den kleinen und mittleren Landwirten zugute kommen. Denkt auch daran, daß bei der Abstimmung über das Volksbegehren im Reichstag selbst auch euer Führer, der Abgeordnete Vogt-Gochsen und Kultminister Bogalle von der Abstimmung fernblieben.

Die Beamten und Angestellten! Alle großen Beamten- und Angestelltenverbände haben sich gegen das Hugenberg'sche Volksbegehren ausgesprochen, weil sie es mit dem Existenzverhältnis des Beamten zum Staate nicht für vereinbar halten, dieses Volksbegehren zu unterstützen. Gerade durch die Ablehnung des Young-Planes könnten für die Beamten schwere wirtschaftliche Schädigungen eintreten.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen! In einer Versammlung in Sulz a. N. erklärte der Redner, (ein Calmer Deutschnationaler), daß die Arbeiterschaft, wenn das Volksbegehren Gesetz würde und dann eine nationale Regierung gebildet würde, nicht wieder mit Lohn-erhöhungen kommen dürfe. Sie müsse sich endlich einmal begnügen u. dem Vaterlande Opfer bringen. Also von der Arbeiterschaft verlangt man, daß sie die Mittel für die bedeutend höheren Lasten des Dawesplanes aufbringen soll. Die Annahme des Volksentscheids würde eine noch größere Verelendung breiter Volksmassen hervorrufen.

Das deutsche Volk hat jetzt zwischen Vernunft und Unsinn zu wählen. Wer nicht in törichter Verblendung den Bemühungen um den Wiederaufstieg des Vaterlandes in den Arm fallen will, muß diesem Volksentscheid fernbleiben. Wer für den Volksentscheid stimmt, fördert die Zerstückelung und die Versklavung des deutschen Volkes!

Darum wegbleiben!

MUSIKINSTRUMENTE
ZITHERN, GEIGEN, HARMONIKAS
PIANOS, HARMONIUMS
MODERNE
MUSIKAPPARATE u. RADIO
Alles in bester Qualität zu niedrigsten Preisen und günstigsten Zahlungsbedingungen bei
JACOB
Spezialgeschäft
STUTTGART
Hauptstätterstraße 32 a
Königsstraße 25
Am 4. Advent geöffnet von 12-6 Uhr.

Am Dienstag, den 24. Dezember 1929
sind unsere
Schalter nur von morgens 8.30 bis mittags 1 Uhr geöffnet
Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe e. G. m. b. H. Calw
Oberamtssparkasse Calw
Spar- u. Vorschubbank e. G. m. b. H. Calw

Bin an das
Fernsprecher Calw
unter
Nr. 316
angeschlossen.
David Wurster z. „Löwen“, Alzenberg

Schenkt Blumen und Pflanzen
sie erhöhen die Festesfreude!